

Wirtschaftskrisen: Aktuelle Probleme und historische Erfahrungen

von Werner Plumpe, München/Frankfurt am Main

I.

Als im September 2008 die amerikanische Investmentbank Lehmann Brothers Inc. zusammenbrach, begann die schwerste globale Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre seit dem Zweiten Weltkrieg. 2009 sank erstmals seit 1945 das Weltsozialprodukt, d.h. das Schrumpfen der Volkswirtschaften in den großen von der Krise erfassten Ländern wurde nicht einmal mehr durch die hohen Wachstumsraten der sog. Schwellenländer kompensiert. Doch die unmittelbaren Auswirkungen der geplatzten Blase und des anschließenden Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Leistung waren bereits im Jahre 2010 wieder überwunden; zumindest aus deutscher Sicht waren die Zuwachsraten des vergangenen Jahres außerordentlich erfreulich und auch die meisten anderen Volkswirtschaften der Welt wiesen 2010 wieder positive Wachstumsraten auf, auch wenn der Aufschwung zumeist nicht so kräftig ausfiel wie hierzulande. Gegenwärtig hält dieser Erholungsprozess an. Das Bild ist zwar – weltweit gesehen – recht heterogen, doch ist die Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009 wohl eindeutig überwunden. Daraus folgt nicht, dass und wie es weitergehen wird. Schon gar nicht ist davon auszugehen, dass nunmehr eine Periode immerwährender Prosperität eingesetzt hat. Im Gegenteil ist der Ausbruch der nächsten Wirtschaftskrise nur eine Frage der Zeit. Nach allen verfügbaren historischen Erfahrungen wird es aber wohl noch einige Jahre dauern, bis erneut ein wie auch immer ausgelöster konjunktureller Abschwung einsetzt.

Streng genommen könnte uns diese Entwicklung beruhigen. Eine schwere globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat nach relativ kurzer Zeit einem erneuten Aufschwung Platz gemacht. Gelegentlich geäußerte und medial verstärkte apokalyptische Szenarien haben sich als weitgehend gegenstandslos erwiesen, und doch wird man das mulmige Gefühl nicht los, die globale und insbesondere die europäische Wirtschaft stehe weiterhin kurz vor dem Kollaps. Die Zahlen über die Staatsverschuldung in Europa und den USA sind in der Tat nicht geeignet, einen ruhigen Schlaf zu befördern, und auch die hiermit eng zusammenhängenden Probleme des europäischen Währungssystems lassen Skepsis aufkommen, ob die Krise

wirklich überwunden ist. Die europäische und die deutsche Politik bemühen sich zusätzlich, diesen Eindruck einer noch nicht wirklich ausgestandenen Wirtschafts- und Finanzkrise zu verstärken, indem sie die aktuellen Probleme des Kontinents als Folge einer Entwicklung hinstellen, die durch eine aus der Façon geratene, im Kern nicht mehr moralisch verantwortlich handelnde Bankenwelt eigensüchtig herbei geführt worden sei. Die Politik, soll das heißen, habe mit Problemen zu kämpfen, die ihr eigentlich nicht anzulasten seien. Sie suche lediglich – sozusagen als Feuerwehr – den außer Rand und Band geratenen Finanzkapitalismus wieder zu bändigen und die Folgen seines Tuns so zu begrenzen, dass die europäischen Institutionen und der Wohlstand des Kontinents nicht in Frage gestellt werden. Deshalb habe man sehr viel Geld in die Hand nehmen müssen, deshalb habe man die Regeln des Vertrags von Maastricht brechen müssen, deshalb müsse man nun teure Rettungsschirme aufspannen, zu denen es keine Alternativen gebe.

Das hört sich so plausibel an, wie es falsch ist. Die Argumentation ist freilich so verwickelt, dass es nicht genügt, sie einfach zurückzuweisen, zumal man den politischen Entscheidungsträgern ja nicht durchweg böse Absicht, Dummheit oder Vorteilsnahme unterstellen kann oder sollte. Ich möchte im folgenden anhand einiger wirtschaftshistorischer Überlegungen versuchen zu klären, wie es zu einer Wirtschafts- und Finanzpolitik kommen konnte, in deren Ergebnis in der Tat die Handlungsfähigkeit der Staaten und die Stabilität des internationalen Ordnungsrahmens hochgradig gefährdet erscheinen. Der Kern dieser Entwicklung liegt m.E. in einem Missverständnis des historischen Strukturwandels der Wirtschaft, zu dem Krisen ebenso gehören wie Aufschwünge und Stagnationsphasen. Jeder Versuch, diesen Strukturwandel politisch zu steuern, muß in einem ökonomischen Desaster enden. Damit will ich nicht politischer Hilflosigkeit das Wort reden, aber doch deren Möglichkeiten genauer begrenzen. Darauf ist zum Schluß noch einmal zurückzukommen.

II.

Wirtschaftskrisen sind uns aus allen Epochen der historischen Entwicklung überliefert. Sie änderten allerdings Ende des 18. Jahrhunderts ihren Charakter. Die Krisen der vormodernen Welt, also der Zeit vor der Durchsetzung des modernen Kapitalismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts, waren vor allem Agrar- und Ernährungskrisen. Zwar gab es zahlreiche Staatsbankrotte und auch das Auftreten und Platzen von Spekulationsblasen war nicht selten. Aber deren gesamtwirtschaftliche Folgen waren in einer Welt, die wirtschaftlich von der

Landwirtschaft und den Bemühungen um die Sicherstellung der Ernährung bestimmt war, begrenzt. Der entscheidende Faktor im Krisengeschehen waren Klima und Wetter. Günstige klimatische Bedingungen ermöglichten gute Ernten, niedrige Lebensmittelpreise sowie wachsende Bevölkerungszahlen und in der Folge sinkende Löhne und einen Anstieg auch der gewerblichen Produktion, die angesichts niedriger Lebensmittelpreise auf günstige Nachfragebedingungen traf. Schlechte Ernten konnten hingegen rasch verheerende Folgen haben: Beschäftigungslosigkeit, Hunger und Elend, Bettelei und Tod waren dann häufige Gäste gerade in den Häusern der armen Bevölkerung. Erst die großen Fortschritte der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert beendeten diese stete Bedrohung.

Die Krisen der vormodernen Welt folgten also keinem festgelegten Rhythmus, sondern wurden in hohem Maße durch jedenfalls seinerzeit unvorhersehbare Wetterschwankungen verursacht. Das änderte sich mit der modernen Wirtschaft. Die Wirtschaftskrisen verloren nach und nach ihre apokalyptischen Dimensionen. Stattdessen wurden sie zum wiederkehrenden, geradezu rhythmischen Muster, das nicht mehr äußeren Irritationen, sondern offensichtlich einer Art inneren Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung folgte. Karl Marx (1818-1883) sah die rhythmischen Schwankungen der Wirtschaft bereits für die 1820er Jahre als gegeben an. Spätestens seit den 1860er Jahren und den Beobachtungen des französischen Arztes Clement Juglar (1819-1905) ist offensichtlich, dass der wirtschaftliche Strukturwandel Zyklen durchläuft, Zyklen von Aufschwung, Boom, Rezession und Depression, die sich – so Juglars empirisch durchaus stimmige Annahme – zudem in einem relativ festen zeitlichen Rahmen von sechs bis zehn Jahren abspielen. Die neuere Konjunkturgeschichtsschreibung hat diese zeitlichen Rhythmen zwar im Einzelnen nicht schematisch festschreiben wollen, sondern verschiedene Amplitudenlängen nachgewiesen, doch haben sich die Juglar-Zyklen als empirische Beobachtung seither im Grunde bestätigt.

Die moderne Wirtschaft weist mithin im Gegensatz zur vormodernen Welt Zyklen auf, die aber als geradezu notwendige Erscheinungsweise einer tendenziell wachsenden Wirtschaft und eines intensiven ökonomischen Strukturwandels begriffen werden müssen. Die Umschwünge vom Boom zur Rezession wurden und werden daher auch nicht unbedingt stets als krisenhaft erfahren, sondern können, wie etwa in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, als Wachstumszyklen wahrgenommen werden. Andererseits waren die Krisen der Jahre vor 1848 oder der Zwischenkriegszeit im 20. Jahrhundert mit großem sozialen Elend verbunden, das zu Krisen des politischen Systems beitrug. Offensichtlich gibt es Phasen, in denen Krisen eher hingenommen werden, und Phasen, in denen die Bedeutung von Krisen dramatisch

zunimmt und sie das gesamte Gesellschaftssystem in Mitleidenschaft ziehen können. Knut Borchardt hat für den modernen Kapitalismus in Anlehnung an eine Formulierung von Karl Marx die überaus hilfreiche Unterscheidung zwischen „Krisen an sich“ und „Krisen für sich“ getroffen. „An sich“ lassen sich alle Umschwünge vom Boom zum Abschwung als „Krise“ begreifen; aber ob sie in einem manifesten Sinne auch zu „Krisen für sich“ werden, hängt nicht nur von ihren gesamtwirtschaftlichen Dimensionen und sozialen Folgen, sondern auch stark davon ab, wie insbesondere die Zeitgenossen auf das wirtschaftliche Geschehen reagieren. Die Erwartungshaltungen von Unternehmen und Haushalten spielen für das Krisengeschehen eine ebenso wichtige Rolle wie die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion der Wirtschaftswissenschaft sowie die Reaktion der Politik. Insofern sind auch in unserer Erinnerung keineswegs alle Konjunkturumschwünge gleichermaßen präsent. Die Diskussion der vergangenen Jahre erinnert vor allem an jene Krisen, die von den Zeitgenossen als besonders tief und heftig wahrgenommen wurden. Das Krisengeschehen in der Moderne, so ist zu schlussfolgern, hat daher nicht allein etwas mit der Veränderung von gesamtwirtschaftlichen Größen zu tun, sondern ebenso mit ihrer Interpretation und den wirtschafts- und sozialpolitischen Reaktionen auf sie. Werden Krisen als dramatisch erfahren, ist auch die Suche nach den hierfür Verantwortlichen ausgeprägt. Das hat insbesondere die „Spekulation“ in Verruf gebracht und ihr den Nimbus einer Geißel der modernen Wirtschaft eingetragen.

III.

Die Krisen, also die mehr oder weniger regelmäßigen Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Leistung, waren aber weder unter den Bedingungen der älteren Agrarverhältnisse eine Folge von dem, was man heute umgangssprachlich unter Spekulation versteht, noch findet sich in der Moderne ein unmittelbarer Zusammenhang von Spekulation und Krise. Die eigentliche Bedeutung von Spekulation ist unter einem gewaltigen Berg von mehr oder minder populären Vorurteilen verschüttet. Denn wirtschaftlich gesehen ist Spekulation kein Übel, sondern ein notwendiges Moment allen wirtschaftlichen Handelns, das bei seinem Abschluß mit zukünftigem Erfolg kalkuliert und sich deshalb auf das Risiko einläßt, heute etwas zu tun, von dem man erst in der Zukunft wissen kann, ob es erfolgreich ist. Spekulation ist eine notwendige Voraussetzung dafür, daß es überhaupt zu wirtschaftlicher Entwicklung kommt und nicht nur zu einer Wiederholung des bereits Bekannten. Kurz: Spekulatives Verhalten und Handeln ist ein konstituierendes Moment der modernen Welt,

ihrer historisch unvergleichlichen Selbstdynamisierung! Das heißt nicht, daß Spekulation immer gleich ist und historisch immer gleich war. Zweifellos gibt es Phasen größerer und Zeiten geringerer Spekulationsfreude, zweifellos gab und gibt es auch Übertreibungen, die man aber nur im Nachhinein feststellen kann. Im Moment der Entscheidung selbst steht nicht fest, wie die Spekulation ausgeht! Es gehört daher geradezu zu den feststehenden historischen Wahrheiten, daß bei Spekulationskrisen es immer alle schon gewußt haben: wenn es so weit ist! Größere Spekulationsphänomene finden sich in der Regel immer dann, wenn große Erwartungen mit einer guten Liquiditätsversorgung und niedrigen Zinsen zusammentreffen, man also für vermeintlich aussichtsreiche Geschäfte billig und leicht Kredit bekommen kann. Derartige spekulative Wellen neigen zudem zur Selbstverstärkung, die durch Arbitrageure, also Marktakteure, die nicht an den Geschäften selbst, sondern vor allem an der Nutzung von Preisunterschieden interessiert sind, getragen werden. Spätestens zu dem Zeitpunkt, an dem sich zeigen muss, ob die großen Erwartungen auch gerechtfertigt sind, neigen Spekulationsblasen dazu zu platzen. Dieses Platzen hatte in der älteren Welt zumeist begrenzte Folgen, da die Landwirtschaft selbst hiervon kaum betroffen war. Im modernen Kapitalismus ist das anders, weil sich hier das spekulative Verhalten in der Regel mit der Aufschwungphase eines Zyklus, wenn alle Marktakteure von steigenden Preisen und glänzenden Aussichten ausgehen, verbindet. Der moderne Kapitalismus zeichnet sich überdies dadurch aus, dass er spekulative Momente zur Finanzierung seiner Großprojekte über neue Unternehmensformen (Aktiengesellschaften) und neue Finanzierungsstrukturen (Börsen, Kapitalmärkte) regelrecht institutionalisiert. Zwar gibt es auch seit dem 19. Jahrhundert Spekulationsphänomene, die mit dem Konjunkturzyklus wenig zu tun haben, doch im Regelfall ist die Spekulation ein Begleiter des Aufschwungs, den sie bis zu dem Punkt trägt und verstärkt, an dem die zeitweilig übertriebenen Erwartungen an Absatz, Gewinn und Rendite nicht eingelöst werden. In der modernen Welt ist Spekulation daher auch der Ausdruck intensiven, durch die Finanzmärkte vorweggenommenen Strukturwandels, der die Tendenz haben kann, in Übertreibungen zu enden. Das ist ein Risiko, das im modernen Kapitalismus wohl unvermeidlich ist, auch wenn es geboten sein kann, das Ausmaß der Spekulation zu begrenzen.

IV.

Historisch stellt sich das in etwa wie folgt dar: Die Krisen in der alteuropäischen Welt waren wie gesagt entweder klimatisch bedingt oder – zumindest primär – Spekulationsphänomene,

die den ökonomischen Alltag nicht unbedingt erreichten. Die Handelskrisen der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zeigten jedoch, dass der Zusammenhang von Handelskrisen und wirtschaftlicher Entwicklung enger wurde. Denn es war die Kreditfinanzierung des Handels, die zwar dessen Expansion begünstigte, ihn aber auch existenziell treffen konnte, wenn die Preise fielen oder Absatzmärkte wegbrachen und damit die Kredite nicht mehr bedient werden konnten. Bereits hier wurde der Januskopf der Spekulation sichtbar, die einerseits Triebmittel des Handels und damit des Güterabsatzes war, andererseits aber auch zwang, neue Risiken in Kauf zu nehmen. Je größer die Produktion und die Absatzmärkte wurden, umso bedeutender wurde die spekulative Finanzierung des Handels – umso gravierender konnten aber auch die Krisen ausfallen. Spätestens jetzt machte man die Erfahrung, dass es eine risikolose Ausdehnung wirtschaftlicher Aktivitäten nicht gab. Mit der Durchsetzung des Industriekapitalismus wurde zudem die Produktion selbst Gegenstand derartiger spekulativer Expansionswellen, zu denen freilich keine Alternative existierte, denn diese hätte allein im Verzicht auf industrielle Unternehmungen größeren Ausmaßes bestanden. In der Tat schreckte gerade in Deutschland das wohlhabende Bürgertum lange davor zurück, sich industriell und damit besonders risikoreich zu engagieren. In Großbritannien war das anders. Hier setzte ein mit Krediten betriebener industriekapitalistischer Expansionsprozess viel früher, schon im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts ein, als die ersten großen Textilfabriken eingerichtet wurden. Auch wenn der Kapitalbedarf zunächst noch überschaubar blieb, erzwang der technische Fortschritt doch laufend höhere Kapitalvorschüsse, die sich nur rentierten, wenn die stark wachsende Produktion auch zu angemessenen Preisen abgesetzt werden konnte. Insofern begünstigte der Aufschwung des Industriekapitalismus zugleich auch die Ausdehnung des Nah- und Fernhandels und seine wiederum kreditgestützte Finanzierung. Große Bank- und Handelshäuser entstanden, die sich einerseits auf die Finanzierung der Fabriken und andererseits auf die Finanzierung von Handel und Export spezialisierten. So bildete sich nach und nach eine enge Verknüpfung zwischen dem Prozess der gewerblichen Produktion, die immer bedeutender wurde und in Großbritannien schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Agrarsektor in den Hintergrund drängte, sowie dem Warenhandel und der Kreditwirtschaft heraus. Diese Verknüpfung trug von Anfang an spekulative Züge, da alle Marktteilnehmer von steigenden Preisen und Gewinnen ausgingen, die das Risiko rechtfertigten, das mit dem industriellen Engagement verbunden war. Damit trat auch die seit längerem bekannte Arbitrage, also die spekulative Ausnutzung von Preisunterschieden an den Finanzmärkten, in eine neue Phase ein, da diese nun nicht mehr ein ökonomisches Randphänomen war, sondern in das Herz des gesamtwirtschaftlichen Prozesses vordrang.

Die sich seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts rhythmisch wiederholenden Wirtschaftskrisen verbanden und verbinden geradezu zwangsläufig Phänomene der Spekulation und der gesamtwirtschaftlichen „Störung“. Die Konjunkturzyklen geben diesen Zusammenhang wieder, indem sich in ihnen die kumulativen Effekte von Produktionsausweitung, Kreditwirtschaft und Spekulation krisenhaft niederschlagen, wobei das Ausmaß und die Wirkungen der Spekulation keinesfalls feststehen, sondern in jedem neuen Zyklus von Aufschwung und Boom historisch spezifische Züge annehmen.

Die besondere Krisenanfälligkeit der modernen, kapitalistischen Wirtschaft ist aber nicht allein eine Folge der spekulativen Finanzierung von Produktion und Handel, sondern reflektiert darüber hinaus weitere Merkmale der modernen Wirtschaft, die zugleich Gründe ihrer besonders hohen Produktivität sind. Die kostengünstige Massenproduktion von gewerblichen Gütern ist immer eine Produktion für anonyme Märkte, d.h. ihre Risikobehaftetheit ist erheblich größer als eine an Nahmärkten und bekannten Abnehmern orientierte Güterherstellung. Die Koordination der Produktion und des Handels übernimmt in solchen Situationen zwangsläufig der Preis. Da die jeweiligen Kunden und ihre gesonderten Bedürfnisse anders als etwa bei der Herstellung auf Bestellung unbekannt sind, signalisiert allein der durchsetzbare Preis, ob die Güter auf dem Markt Akzeptanz finden.

Preisveränderungen sind ein wesentlicher Handlungsimpuls, der keinesfalls ignoriert werden darf. Die an der Preisentwicklung orientierte Massenproduktion von Gütern erzwingt überdies eine weitgehende Spezialisierung der Produktion; ökonomisch gesehen wird es in zunehmendem Maße effizient, wenige Produkte in großen Serien herzustellen. Die damit verbundene Ausdifferenzierung in Branchen und Unternehmen verstärkt wiederum die Orientierung an Preisen, da nur so die immer komplexere Arbeitsteilung überhaupt koordiniert werden kann. Die Fixierung auf Preise ist also keine spekulative Obsession, sondern der Ausdruck der Ausdifferenzierung der modernen Wirtschaft, die anders kaum mehr – oder wie der Sozialismus gezeigt hat: nur zu exorbitant hohen Kosten über Pläne – koordiniert werden kann. Die Gefahren des Auseinanderfallens von Produktion und Konsum und von Disproportionalitäten in der Entwicklung zwischen Branchen und Unternehmen sind daher stets gegeben. Die wirtschaftliche Welt der kapitalistischen Moderne ist insofern gewissermaßen paradox: Sie nutzt Mittel zur Steigerung ihrer Produktivität, die sie selbst krisenanfällig machen. Da aber Krisen die Ausnahme blieben und der gesamtwirtschaftliche Prozess sich dynamisch entwickelte, waren die Zeitgenossen nach 1800 mehr und mehr bereit, diese Risiken zu akzeptieren. Diese Bereitschaft bildete insofern gleichermaßen den Kern der kapitalistischen Dynamik wie ihrer Krisenanfälligkeit.

V.

Bis hierher kann man also festhalten: Der ökonomische Strukturwandel in der moderne vollzieht sich in Konjunkturzyklen unterschiedlicher Länge. Diese Konjunkturzyklen reflektieren – mit Joseph A. Schumpeter gesprochen – Lagerhaltungs-, Investitions- und Innovationszyklen. Jeder dieser (über Kredite als Treibmittel finanzierten) Zyklen hat eine zerstörerische und eine aufbauende Seite, d.h. in jedem Abschwung werden vorhandene Strukturen zerstört, neue aufgebaut, zumindest solange es ausreichenden technischen Fortschritt gibt, der in gewisser Hinsicht als eine treibende Kraft in diesem Wandel begriffen werden kann. Schumpeter und Marx lagen in ihren Vorstellungen letztlich gar nicht so weit auseinander, nur unterschätzte Marx völlig die innovative Dynamik des Kapitalismus. Was er nicht ahnen konnte, ja wohl auch wegen seiner geschichtsphilosophischen Annahmen nicht ahnen wollte, ist die bis heute jedenfalls kaum bestreitbare Tatsache, dass sich der Kapitalismus jeweils technisch neu erfindet – und ein Ende dieses Prozesses ist nicht absehbar. Für Schumpeter und Marx waren mithin zyklische Schwankungen nichts Besonderes; sie waren und sind die Normalität kapitalistischen Strukturwandels. Beide waren, was die Rolle und Bedeutung der Politik angeht, zurückhaltend. Während bei Marx nur ein Systemwechsel Abhilfe bringen konnte – der Rest war bestenfalls Flickschusterei an einem im Kern dem Verfall ausgelieferten ökonomischen System – hielt Schumpeter sich mit politischen Empfehlungen völlig zurück. Ratgeberei: das war für ihn das Geschäft von Intellektuellen, die er letztlich verachtete, da sie von Dingen redeten, für die sie keine Verantwortung trügen. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik konnte und kann sich mithin auf diese Denktradition nicht stützen, und tut es bis heute nicht. Das gilt auch für jene linken wirtschafts- und finanzpolitischen Überlegungen, die nach der Krise eine Zeit lang Konjunktur zu haben schienen. Diese zeichneten sich aber vor allem durch Ahnungslosigkeit gegenüber der komplex angelegten ökonomischen Theorie von Karl Marx aus und brachen ihre vermeintliche Analyse insbesondere auf das Beklagen vermeintlicher Ungerechtigkeiten und ein wohlfeiles Banker-Bashing herunter, obwohl Marx selbst unmissverständlich gesagt hatte: „„Gerade das wiederholte Auftreten von Krisen in regelmäßigen Abständen trotz aller Warnungen schließt ... die Vorstellung aus, ihre letzten Gründe in der Rücksichtslosigkeit einzelner zu suchen“ (15. Dezember 1857 in der New York Daily Tribune).

Nein, hinter der gegenwärtigen Konzeption der Wirtschafts- und Finanzpolitik stehen andere, scheinbar gesicherte historische Erfahrungen und dazu passende Theorieentwürfe. Letztlich handelt es sich aber, so meine These, um eine falsche Perzeption der Weltwirtschaftskrise von 1929, deren Wiederkehr alle westlichen Politiker um fast jeden Preis verhindern möchten. Aber der Reihe nach. Die ältere Welt bis in das 20. Jahrhundert hinein kannte – von Marx und Schumpeter abgesehen – eigentlich gar keine eigenständigen Krisentheorien. Eine vormoderne Wirtschaftstheorie hatte es ohnehin nicht gegeben; die Erfahrung unberechenbarer Krisen, durch Wetter, Klima und Kriege ausgelöster Erschütterungen hatte dort vielmehr zu einer Akkumulation von Klugheitslehren geführt, in deren Kern vor allem die Bestandserhaltung stand. Diesen Klugheitslehren haftet – aus heutiger Sicht – ein konservativer Grundzug an, den sie in der Tat auch hatten, da alles Abweichen vom Bewährten sich in einer Welt existentieller Knappheiten als zu riskant erwies. Damit brach der Kapitalismus, doch an seine Krisenanfälligkeit mochten seine frühen Protagonisten nicht glauben. Geprägt von der Newtonschen Gleichgewichtsmechanik folgte etwa Adam Smith der Vorstellung eines natürlichen Gleichgewichtes, eines sich selbst regulierenden ökonomischen Kreislaufes, dessen deutlichster Ausdruck das Saysche Theorem, wonach sich jede Produktion ihre Nachfrage selber schaffe, war. Vereinfacht gesagt, werden in dieser Sicht der Dinge bei der Produktion eines Gutes jene Löhne gezahlt, die zu dessen Konsum nötig sind. Produktion und Konsum sind, da Say von Verteilungsfragen ebenso absah wie von möglichen Ungleichzeitigkeitseffekten, daher stets im Gleichgewicht, wenn dieses Gleichgewicht nicht extern gestört wird. Krisen konnte es dieser Sicht daher geben, wenn von außen die ökonomischen Kreisläufe behindert oder unterbrochen wurden, während die Ökonomie aus sich selbst heraus zum Gleichgewicht neige und auch stets zum Gleichgewicht zurückkehre – eine Vorstellung, der noch John Stuart Mill anhing. Diese Gleichgewichtstheorie hatte, in Kombination mit der von Adam Smith und David Ricardo zumindest teilweise verfolgten Arbeitswerttheorie ihre Schwachstellen, an denen Marx dann auch ansetzen sollte, aber sie begründete eine wirtschaftspolitische Credo, das im sog. Manchesterliberalismus vielleicht etwas überspitzt, aber doch treffend zum Ausdruck kam: Die Überzeugung, dass der Staat sich aus der Wirtschaft herauszuhalten und auf die Garantierung der Regeln der bürgerlichen Gesellschaft zu beschränken habe: Der Nachtwächterstaat war geboren. Die marginalistische Revolution und die allgemeine Gleichgewichtstheorie beseitigten seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Schwächen der Klassik zugunsten eines Gleichgewichtsmodells, das an der alten Vorstellung einer inhärenten Krisenfreiheit der modernen Ökonomie festhielt, auch wenn es seit den 1860er Jahren bereits die ersten empirischen Arbeiten gab, die eine zyklische

Schwankung des Wirtschaftsprozesses einwandfrei belegten (Clement Juglar). Ohne ihre systematische Bedeutung erfassen zu können, behandelte man diese Krisen pragmatisch: es handele sich um Schwankungen, die sogar nützlich seien, da sie von Zeit zu Zeit die „schwarzen Schafe“ aus dem kapitalistischen Prozeß aussortierten (Reinigungskrise). Da sie überdies nicht lange anhielten oder besonders tief waren, war man vor 1914 schließlich der Auffassung, richtige Krisen seien eine Kinderkrankheit des Kapitalismus gewesen. Das habe man nunmehr hinter sich. Zwar gab es bereits im Lager der liberalen ökonomische Theorie erste Überlegungen, die im Bereich der Geld- und Kreditversorgung mögliche Ursachen von Störungen identifizieren mochten, doch blieben diese Auffassungen vor 1914 in der Tat theoretisch.

VI.

Die Folgen des Weltkrieges, insbesondere die Weltwirtschaftskrise sollten dieser Zuversicht in die Selbstreinigungskräfte des Kapitalismus gründlich den Boden entziehen. Zunächst schien der tiefe Einbruch nach 1929, in dessen Folge in den USA und in Deutschland als den am meisten betroffenen Volkswirtschaften das Inlandsprodukt innerhalb weniger Jahre um etwa ein Drittel sank und die Arbeitslosenzahlen explodierten, noch als Ergebnis einer politisch verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik auf klassischem Wege mit der Gleichgewichtstheorie erklärbar, doch spätestens als sich die Krise hinzog und es keine automatische Rückkehr zum Gleichgewicht gab, war die Vorstellung der Selbstregulierung zerstört. Der Siegeszug der Ökonomie von John Maynard Keynes begann, einer Ökonomie, die selbst vom Gleichgewichtstheorem maßgeblich bestimmt ist. Nur, so die zentrale Annahme, kann es zu Situationen kommen, in denen eine Rückkehr zum Gleichgewicht nicht gelingt, da der Kreislauf blockiert ist. Diese Blockade sah Keynes in bestimmten Situationen dann gegeben, wenn Untenehmen und Konsumenten angesichts schwacher Erwartungen in eine Art Streik treten würden und ihr Geld behalten (Liquiditätspräferenz), anstatt es für Investitionen oder Konsum einzusetzen. In einer solchen Lage müsse der Staat einspringen und die so bedingte Nachfrageschwäche durch kreditfinanzierten Staatskonsum ausgleichen, bis der Kreislauf wieder selbsttragend funktioniere und der Staat sich unter Zurückzahlung der Kredite wieder zurückziehen könne. Die Idee einer kontrazyklischen Konjunkturpolitik war geboren und sie fand begeisterte Zustimmung. Da sie mit der klassischen Gleichgewichtsanalyse im Kern vereinbar ist – der Staat greift ja nur ein, wenn das Gleichgewicht sich nicht spontan einstellt – wurde sie in Form der neoklassischen Synthese

zur dominanten wirtschaftspolitischen Idee der Nachkriegszeit, in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Stabilitätsgesetz sogar zur bindenden Verpflichtung des Regierungshandelns.

Die keynesianische Erklärung war allerdings nicht die einzige Krisenerklärung in der Nachfolge des Gleichgewichtsdenkens. Schon in den 1950er und dann verstärkt in den 1960er Jahren hatten Milton Friedman und Ann J. Schwartz in ihren Studien zur amerikanischen Notenbankpolitik darauf hingewiesen, dass die Ursache der verheerenden Krise nach 1929 vor allem in der deflationären Finanz- und Währungspolitik bis zum Jahre 1931 zu suchen sei. Durch eine falsche Orientierung an der Aufrechterhaltung des Goldstandards sei die Geldpolitik in den 1920er Jahren zu restriktiv gewesen, und der amerikanische Präsident Hoover habe in der Krise diese Restriktionen noch verschärft; ganz ähnlich wie der deutsche Reichskanzler Brüning, der ja auch auf die Krise mit einer Verschärfung der staatlichen Deflationspolitik reagiert hatte. Die Krise war in dieser Sicht ein Fehler der Politik, die das Gleichgewicht zwischen monetären und realwirtschaftlichen Größen gestört habe. Erst die Politik der Reflation (Abkehr vom Goldstandard, Ausweitung der Geldmenge) nach 1931 habe daher die Voraussetzungen für einen Weg aus der Krise eröffnet. Derzeit hat man den Eindruck, als ob die amerikanische Regierung und die US-Notenbank – deren Chef Ben Bernanke selbst zur Weltwirtschaftskrise publiziert hat – diese vermeintlichen, eigentlich konkurrierenden Lehren zur Weltwirtschaftskrise gleichzeitig beherzigen: mit stark ausgeweiteten Konjunkturprogrammen und einer massiven Ausweitung der Geldmenge soll das Gleichgewicht wiederhergestellt werden. De facto aber ist nur die Staatsverschuldung in den USA explodiert und die Geldmenge so ausgeweitet worden, dass Inflation droht. Hätte China nicht einen großen Teil amerikanischer Staatspapiere gekauft, wäre die Lage derzeit wohl noch dramatischer. In Deutschland hat man diese starke Aufblähung der Staatsnachfrage und der Geldmenge nach 2008 nur sehr viel beschränkter nachvollzogen; angesichts der Tatsache eines umfassend ausgebauten Sozialstaats war hier allerdings das Ausmaß der Staatsaktivität ohnehin deutlich höher. Gleichwohl fallen die Unterschiede ins Auge und entsprechend groß waren die Konflikte zwischen amerikanischen Ökonomen und deutscher Politik, der von wichtigen Stimmen geradezu unverantwortliche Untätigkeit vorgeworfen wurde. Nach den amerikanischen Rezeptbüchern müssten freilich heute die USA in der Weltwirtschaft wieder vorne stehen. Das Gegenteil ist der Fall und angesichts der massiven Probleme des Staatshaushaltes in den USA ist eine Änderung derzeit auch nicht abzusehen.

VII.

In der aktuellen Wirtschafts- und Finanzpolitik zeigt sich im Lichte der historischen Erfahrungen ein doppelter Fehler. Grundsätzlich ist die Vorstellung falsch, ja geradezu gefährlich, der Staat könne ökonomische Gleichgewicht im Zweifel durch den Einsatz von viel Geld geradezu erzwingen. Damit ist der Keynesianismus in den 1970er Jahren und auch in der Gegenwart gescheitert. Ebenso falsch ist aber auch die Vorstellung, eine richtige Geldmengenpolitik und eine – hier nicht weiter diskutierte – Deregulierung der Märkte führe automatisch zum Gleichgewicht, da derart freie Märkte immer perfekt funktionierten. Beides mag in der Modelltheorie zutreffen; der historische Strukturwandel der Ökonomie spricht eine andere Sprache, da Gleichgewichte in ihm nicht vorkommen. Diese Hybris der Politik verdankt sich der Vorstellung, hätte man richtig reagiert, hätte man die Weltwirtschaftskrise vermieden. Diese Hybris führt nun zum zweiten Fehler, nämlich anzunehmen, die Weltwirtschaftskrise sei die Folge einer falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik gewesen, die man heute präzise benennen könne und deren Alternativen klar auf der Hand lägen. Damit wird das komplexer Geschehen der Jahre nach 1929, das mit unserer gegenwärtigen Lage nur sehr wenig Gemeinsamkeiten besitzt, geradezu sträflich unterschätzt. Es scheint eher, als komme hierin ein freilich erklärbarer Mangel der Politik in der Demokratie zum Ausdruck, die wirtschaftliche und soziale Probleme stets so darstellen muß, als seien sie bei richtiger Politik lösbar. Die historische Erfahrung lehrt jedoch, dass der Staat sehr genau bedenken muß, was ihm möglich ist. Gegenüber direkten Eingriffen in den Strukturwandel und damit auch in den zyklischen Ablauf des ökonomischen Geschehens sollte er extrem zurückhaltend sein, sich statt dessen auf die Garantierung funktionsfähiger ökonomischer Institutionen und die Abfederung der sozialen Folgen des Strukturwandels beschränken. Ihn selbst steuern, aufhalten oder auch nur entscheidend glätten zu wollen, liegt außerhalb der Möglichkeiten der Politik. Zugegeben, das 19. Jahrhundert konnte sich eine derart vornehme Zurückhaltung des Regierungshandelns eher leisten, da die Regierungen nicht oder nur eingeschränkt von der Massenzustimmung abhingen, wie das in Demokratien üblich ist. Aber eine entsprechende Politik ist auch unter modernen Bedingungen nicht nur vermittelbar, sie ist im Kern auch erfolgreicher, wie die Politik der Bundesregierung in der Krise selbst gezeigt hat.

VIII.

Das verlangt indes auch den Abschied von Katastrophenszenarien und eine öffentliche Behandlung von Wirtschaftskrisen als normalen Momenten ökonomischen Wandels. Und insofern hat die Regierung den Kredit, den sie in der Wirtschafts- und Finanzkrise erwarb, in der sich anschließenden Krise des europäischen Währungsraumes wieder verspielt – und zwar geradezu rasant. Zunächst gab und gibt es eine Krise des Euro bis heute nicht – und auch die Finanzierungsschwierigkeiten einiger Länder des Euroraumes sind nur sehr bedingt ein Ergebnis der globalen Finanzkrise. Es ist vielmehr so, dass sich mit der Finanzkrise die Refinanzierungsschwierigkeiten notorischer Schuldenstaaten deutlich verschlechtert haben (Griechenland, Portugal) bzw. die Krise das Geschäftsmodell einiger Staaten ernsthaft in Frage gestellt hat (Irland, Spanien, aber auch Großbritannien). Die drohende Zahlungsunfähigkeit dieser Staaten löste nun eine Art Kaskadeneffekt aus, der von der Politik als zwangsläufig dargestellt, ohne deren Hilfe nie zustande gekommen wäre. Da von einem Zahlungsausfall Griechenlands, Irlands und Portugals eine erneute schwere Belastung des europäischen Finanzsystems erwartet wurde, stützte man gegen alle verbindlichen Regeln und mit brachialem rhetorischem Aufwand deren Zahlungsunfähigkeit in der vagen Hoffnung, diese Staaten, deren Probleme hausgemacht sind, würden den Aufschub nutzen, diese Probleme ernsthaft anzugehen. Wie das geschehen soll, ist freilich völlig unklar, und so bleibt als erstes, das mit erheblichem Finanzaufwand derzeit Strukturprobleme konserviert und gerade nicht gelöst werden. Staaten wie Frankreich, Deutschland und die Niederlande haben damit um den Preis, dass ihre eigene Verschuldung drastisch ansteigt, ein Strukturproblem erhalten statt es zu lösen – mit der absehbaren Folge, dass hier dauerhaft subventioniert werden muß. Das wird zweifellos Folgen auch für die Staaten haben, die jetzt noch einigermaßen gut dastehen. Ein Fehler der Politik in der Krise der Lehmann-Pleite scheint sich jetzt – auf freilich höherem Niveau - zu wiederholen. Anstatt die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte zu garantieren und alles weitere ihnen zu überlassen, ist man dazu übergegangen, direkt in sie einzugreifen und einzelne Akteure zu schützen, ganz gleich, ob sie nun leistungsfähig waren oder nicht. So blockiert man den Strukturwandel und schützt im Zweifel noch die Falschen. Das gleiche gilt für den Euro-Raum: anstatt den Euro als Währung zu schützen und in diesem Rahmen dann jeden Schuldner wie einen solchen zu behandeln, schützt man einige vor der Zahlungsunfähigkeit und behindert damit strukturellen Wandel. Das ist aber nicht nur falsch; es ist vor allem nicht kostenlos!

IX.

Alle Lehrbücher der Rhetorik empfehlen, einen versöhnlichen Schluß zu finden. Das ist in unserem Fall nicht so einfach möglich, auch wenn aufgrund seiner historisch gewachsenen Industriestrukturen und der Leistungsfähigkeit seiner Bevölkerung Deutschland in der globalen Wirtschaft auch weiterhin gute Aussichten haben dürfte. Das Land hat sich jedenfalls nicht Hals über Kopf einem einzigen Geschäftsmodell verschrieben wie Irland, Spanien oder Großbritannien, und es hat auch nur begrenzt über seine Verhältnisse gelebt, verglichen etwa mit Griechenland, Portugal oder Italien. Insofern bestehen gerade hierzulande gute Voraussetzungen, den kapitalistischen Strukturwandel und das zyklische Auf und Ab gelassen zu betrachten, zumal der deutsche Sozialstaat bei aller notwendigen Kritik in der Krise ökonomisch als eine Art „automatischer Stabilisator“ durchaus auch seine lobenswerten Seiten hatte. Es scheint aber – und hier liegt die eigentliche Gefahr – dass in Deutschland wie weltweit dem Kapitalismus zu wenig und der Politik zu viel zugetraut wird. Wir sollten hoffen, dass der Slogan „too big to fail“ nicht zum Motto eines antikapitalistischen Aufstands wird, mit dem der Krisenmechanismus ausgehebelt wird, dessen wirksamstes Instrument ja gerade die Pleite ist. Solange sich die Politik darauf besinnt, klare marktwirtschaftliche Regeln zu setzen und zu garantieren, ist alles in Ordnung. Schwierig wird es, wenn sie selbst mitspielen möchte.